

Wirbel um Inklusions-Gutachten

Beitrag von „Palim“ vom 2. Juni 2024 21:35

Ich habe meinen Teil schon bei N4t geschrieben.

Das Land NRW hat vorgegeben, dass es das Etikettierungs-Dilemma gäbe. Das steht schon im Auftrag des Gutachtens.

Es wurden Wissenschaftler:innen gefunden, die im Rahmen dieses Auftrages

- a) den wissenschaftlichen Diskurs ausgewertet haben
- b) andere Wissenschaftler:innen als Expert:innen befragt haben
- c) Gutachten gelesen und bewertet haben.

Lehrkräfte wurden nicht befragt.

An den Gutachten wurde einiges kritisiert, letztlich setzt doch aber das Land die Vorgaben für die Gutachten. An diesen Vorgaben orientieren sich die Lehrkräfte.

Es würde fehlen, dass das System und die Ressourcen nicht beleuchtet werden.

In NDS muss man als Lehrkraft im Rahmen des Gutachtens belegen, dass man alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft hat. Man legt also dar, welche Förderschritte man bereits 1-2 Jahre lang durchgeführt hat, ohne dass es zielführend war und das Kind dem Regelunterricht im Ansatz folgen kann. Würde man schreiben, dass man keine Ressourcen hatte und das Kind nur in der Ecke gesessen hätte, würde der Unterstützungsbedarf sicher nicht festgestellt werden. Mit Förderplänen und Arbeitsproben, die in der Akte enthalten sind, muss man dies belegen, auch die Zeugnisse werden mit eingereicht. Würde eine Lehrkraft das Gutachten entgegen der Leistungen des Kindes anstreben, müsste die Lehrkraft ja die Förderpläne und die Zeugnisse fälschen.

Meiner Beobachtung nach gibt es mehr Kinder mit Unterstützungsbedarf.

- Kinder haben wirklich Defizite, Familien fangen dies nicht auf, da sie den Bedarf nicht sehen, nicht verstehen oder dem nicht begegnen können.
- Lehrkräfte kennen sich besser aus, da sie durch die Inklusion und FoBi sensibilisiert und geschult sind.
- Förderung und Ressourcen gibt es in den Schulen nicht, dafür aber mehr Herausforderungen.
- Immer mehr Unterricht wird durch Vertretungen abgedeckt.

Aber das alles stand gar nicht zur Debatte. Das Land wollte wohl über das Gutachten ankündigen, dass

a) die Überprüfungsverfahren geändert werden

und

b) die Ressourcen nicht reichen, nicht aufgestockt werden und in Zukunft von den Förderschulen zu den Regelschulen verschoben werden sollen

und

c) die Lehrkräfte die "Freiheit" bekommen, es zu richten. (Hinterher besagt dann wieder ein Gutachten, dass die Lehrkräfte schlecht arbeiten).

Der Landesrechnungshof in NDS hat übrigens schon vor Jahren kritisiert, dass in diese Verfahren mehr als 40 Lehrerstunden je Verfahren in Anspruch nehmen und dass dies angesichts der hohen Quote positiver Bescheide verschwendet ist, wenn doch die Regelschullehrkräfte so zielsicher diagnostizieren. Da in dem Schreiben aus NRW auch der Landesrechnungshof genannt wird, muss es auch in NRW dazu eine Äußerung gegeben haben.